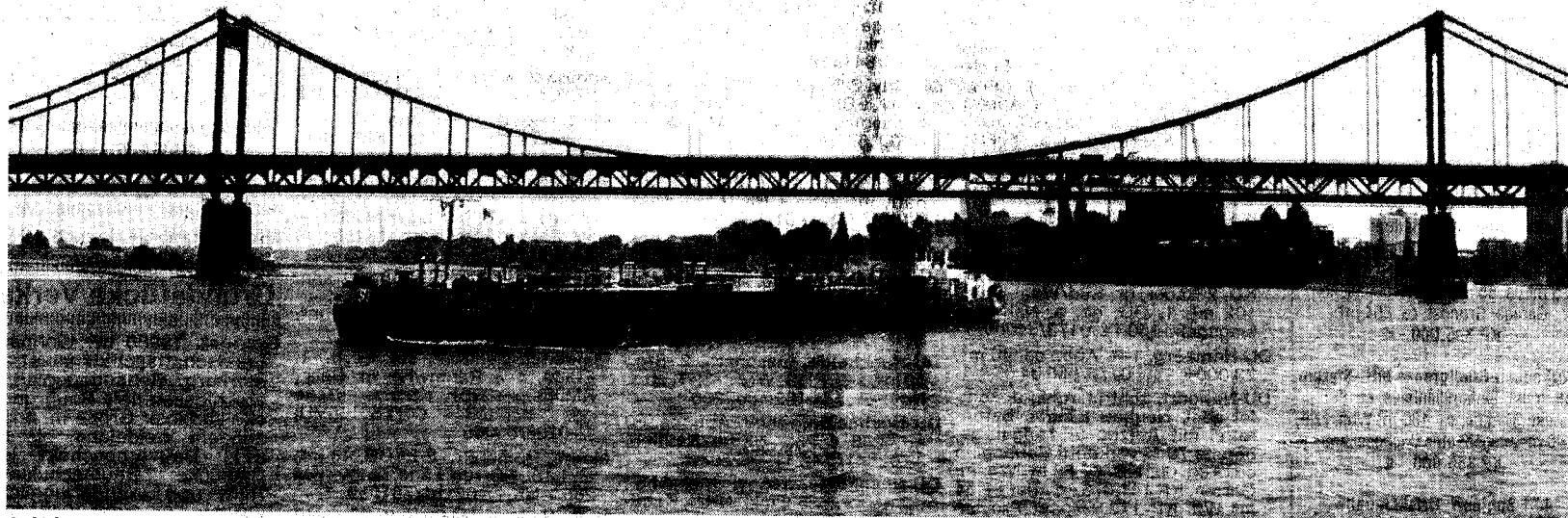


Marode Rheinbrücke gab den Ausschlag

Weil die Uerdinger Rheinbrücke einen weiteren Anstieg des Verkehrs nicht mehr verkraften kann, hat sich das NRW-Verkehrsministerium dazu entschieden, ihre Sanierung mit dem Ausbau der B 288 zur Autobahn dort zu verknüpfen



Gab den Ausschlag für die forcierte Vorbereitung des Ausbaus zur Autobahn: die marode Uerdinger Rheinbrücke.

Foto: Archiv

Von Martin Kleinwächter

Ein technisches und einverkehrliches Problem haben im NRW-Verkehrsministerium dazu geführt, die Vorarbeiten zum späteren Ausbau der B 288 zur Autobahn zu forcieren. Das erklärte Ekhart Maatz, zuständiger Abteilungsleiter, gestern.

Die Uerdinger Brücke sei einem weiteren Anstieg des Verkehrs nicht mehr gewachsen. Sie weise Schäden auf, die zwar nicht akut bedrohlich seien, jedoch mittelfristig behoben werden müssten. Und dies müsse man vor dem Hintergrund sehen, dass die neue Rheinquerung der A 44 bei Meerbusch zwar eine deutliche Entlastung der B 288 bewirkt habe, speziell der Schwerlastverkehr in letzter Zeit aber wieder stark zugenommen habe. Maatz: „Bis 2015 wird der Lkw-Verkehr nach Prognosen gegenüber

2003 um 60 % zunehmen, der Pkw-Verkehr immer noch um 20 %.“

Die Uerdinger Brücke könne aber nicht abgebrochen werden. Maatz: „Sie steht unter Denkmalschutz“. Welche Pläne man auch immer habe, die Brücke müsse darin einbezogen werden.

Maatz erläuterte sodann die Prioritäten im Bundesfernstraßenbedarfsplan: „Unverändert hat der Ausbauabschnitt von Rahm bis Serm im alten wie im seit 2003 geltenden neuen Bedarfsplan die höchste Priorität: Vordringlicher Bedarf“. Das bedeute, dass seine Finanzierung bis 2015 als gesichert gilt.

Im Unterschied dazu werde der nachfolgende Abschnitt über den Rhein bis zur A 57 in Krefeld seit 2003 unter „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ geführt, also mit niedrigerer Priorität. Normalerweise, so der Ministerialdi-

gent, dürften für die so eingestufteten Projekte lediglich grob die Trassen bestimmt werden. Ihre Finanzierung sei ja nicht gesichert, aufwändige Planungen somit nicht vertretbar.

Der Vermerk „mit Planungsrecht“ mache für einige von ihnen jedoch eine Ausnahme: Der Abschnitt Serm -

„Bis 2015 wird der Lkw-Verkehr nach Prognosen um 60 % zunehmen.“

Krefeld dürfe bis zum Planfeststellungsverfahren, also bis zum konkreten Baurecht, vorangetrieben werden. Maatz: „Dabei muss natürlich die Finanzierung abgeklärt werden“.

Was die Süd-SPD als großen Kurswechsel in der Verkehrspolitik für den Duisburger Süden bezeichnet, bedeutet aus Sicht des Ministerialbeamten

nur, dass man jetzt bestrebt sei, die rechtlichen Möglichkeiten des Bundesfernstraßenbedarfsplans dafür voll auszuschöpfen. Um nämlich überhaupt mit dem Bundesverkehrsministerium in Berlin über eine Finanzierung des bislang nachgeordneten Projekts sprechen zu können, müssten Vorplanungen durchgeführt werden. Und die seien jetzt angelaufen. Wenn ihre Ergebnisse vorliegen würden, man also das Planfeststellungsverfahren einleiten könnte, dann sei es, so Maatz, Zeit, mit Berlin zu sprechen.

Das könnte konkret bedeuten, dass bis 2015, wie bislang schon vorgesehen, mit dem Bau zwischen Rahm und Serm begonnen wird und gleich im Anschluss mit dem Reststück, weil dieses im Bedarfsplan zwar erst ab 2015 in den höchsten Rang aufrückt, aber bereits vorzeitig umgesetzt werden kann.

Bundesverkehrswege

Zuletzt 2003, also von der damaligen rot-grünen Bundesregierung, wurde der Bundesverkehrswegeplan verabschiedet. Er enthält die politische Absichtserklärung des Bundeskabinetts, welche Verkehrsprojekte auf Straße, Schiene und Wasser bis 2015 vordringlich umgesetzt werden sollen. Aufgabe der rot-grünen Parlamentsmehrheit im Bundestag war es sodann, diese Absichtserklärung 2004 in getrennten Bedarfsplänen für jeden der drei Verkehrsträger zu konkretisieren. Der Bundesfernstraßenbedarfsplan hat Gesetzeskraft, ist er doch Anlage zum 5. Änderungsgesetz des Fernstraßenausbaugesetzes; so wie der entsprechende Schienenwegebedarfsplan Anlage zum Schienenwegeausbaugesetz ist. **mkw**

Nur die SPD freut sich auf den Ausbau

„Wir sind nach wie vor dagegen“, betonte CDU-Ratsherr Thomas Susen

Einstimmig hat die Bezirksvertretung Süd einen Sachstandsbericht zum Ausbau der B 288 zur Autobahn gefordert. Den Antrag hatte die CDU eingebracht. Aber Zusatzanträge

der SPD dazu, die schon in Einzelheiten gehen wollte, lehnten CDU, Grüne und FDP ab. Die kurze Diskussion in der Bezirksvertretung machte deutlich, dass vor allem die

CDU dem Ausbau ablehnend gegenüber steht, ohne das aber näher zu begründen. Die SPD dagegen betonte, schon immer für diesen Ausbau gewesen zu sein. **mkw**

Der Vorstoß der SPD

Die großen Knackpunkte beim möglichen Ausbau

Mit ihrem Zusatzantrag zum Sachstandsbericht wollte die SPD in der Bezirksvertretung Süd unter anderem die Anbindung des „Mannesmann-Ackers“ an die neue Auto-

bahn, deren Abdeckung in Mündelheim, Lärmschutz sowie Belange der Landwirte (Erreichbarkeit der Wege und Mühlen) und der Feuerwehr (Hilfsfristen) ansprechen. **mkw**

LESERBRIEF

»AUSBAU DER B 288

Realisierung wird jetzt früher möglich

Mit einem Schmunzeln habe ich die Nachricht entgegen genommen, dass der CDU-Landesverkehrsminister Oliver Wittke den Weiterbau der A 524 von Rahm bis zur Krefelder Rheinbrücke vorziehen will und bereits einen Planungsauftrag erteilt hat. Ich freue mich, dass nunmehr eine erheblich frühere Realisierung der Ausbaumaßnahme möglich wird und auch der Mannesmannacker endlich eine Chance erhält, angebunden zu werden. Ich erinnere mich aber auch an die „strikte Ablehnung und das Entsetzen bei der Huckinger CDU“ zum in Aussicht gestellten Weiterbau der A 524 von Rahm bis Serm/Mündelheim. Der Arbeitskreis Verkehr der Bürgervereine im Duisburger Süden sowie die Süd-CDU und der Arbeitskreis Stadtentwicklungskonzept Huckingen haben mich wiederholt aufgefordert, die Maßnahme aus dem Bundesverkehrsplan herauszunehmen. Sie sprachen sich lediglich für den Ausbau bis zum Kreuzungsbereich A 59/B 8n aus. Minister Wittke unterstreicht mit seinem Vorhaben die verkehrspolitische Bedeutung dieser Maßnahme. Bleibt abzuwarten, wie nunmehr die örtliche CDU mit dem Vorhaben „ihres Ministers“ umgeht.

Charlotte Kann
Saarner Straße 6